



NEWSLETTER II/2017

NORD|SÜD *news*



Erster Mai in Istanbul: Wer kam, zeigte sich entschlossen

Gewerkschaften und die neuen Antidemokraten

Türkei: Ausnahmezustand im Ausnahmezustand

Die Lage der Gewerkschaften ändert sich, weil die neuen Autoritären die Welt auswählen. Beispiel Türkei. Gewerkschafter Umar Karatepe sagt: „Der gemeinsame Kampf um Rechte führt dazu, dass die Strategien der Gewerkschaften große Reichweite haben.“

Der nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 in der Türkei verhängte Ausnahmezustand wirkt sich auch auf das Arbeitsleben aus und setzt die Gewerkschaften unter Druck. Deutlichstes Zeichen ist die Welle von Massenentlassungen im öffentlichen Dienst, die bereits mindestens 106.000 Menschen getroffen hat. Und dass es beim Streik- und Tarifabkommens-

recht keinen dramatischen Rückschritt gibt, liegt nur daran, dass beides ohnehin längst extrem eingeschränkt ist: Einen De-facto-Ausnahmezustand gibt es bereits seit dem Putsch vom 12. September 1980. Schon damals wurde das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, auf Streik und Tarifverhandlungen praktisch ausgesetzt.

Nachdem die Gewerkschaftsbewegung in der Türkei ab Mitte der 1960er-Jahre einen raschen Aufstieg erlebt hatte, waren der Putsch von 1980 und die von den Putschisten auferlegte neue – neoliberale – Verfassung von 1982 schwere Rückschläge. 35 Jahre lang wurde das Land auf dieser Grundlage regiert. Während

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Gewerkschaften und die neuen Antidemokraten

| Türkei: Ausnahmezustand im Ausnahmezustand S. 1f

Weltweiter Rechtsruck: Der Kommentar

| Gewerkschaften im Kampf gegen Rechtspopulismus S. 2

USA: Neue Strukturen finden

| „Im Bauch des Monsters“ S. 4

Philippinen: In lauernder Stellung

| Geduld mit Duterte S. 5

Ungarn: Von Beschäftigten entkoppelt

| Kaltgestellt aus Prinzip S. 6

Brasilien: Mächtig durch Vernetzung

| „Arbeitsrechte stehen auf dem Spiel“ S. 7

Aus den Projekten

| Sonntags am Statue Square S. 8

In Kürze

| Arbeitsplätze versus Vertreibung; Firmen first; Kenne Dein Smartphone; Bewegung bei der Geldverteilung; Schwellenländer mit größtem Gender Gap S. 9

Fortsetzung von Seite 1

die Arbeiterklasse wuchs, brachen die Löhne, der Organisationsgrad und die Zahl der Beschäftigten, die die Möglichkeit haben zu streiken, dramatisch ein. Der nach dem 15. Juli 2016 verhängte Ausnahmezustand ist insofern ein „letzter Sargnagel“.

„In der Türkei sind 12.700.000 ArbeiterInnen beschäftigt, nur 12 Prozent von ihnen sind gewerkschaftlich organisiert. Und von diesen kann wiederum nur rund die Hälfte überhaupt Gebrauch von ihrem Streikrecht machen“, sagt Umar Karatepe von der Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften der Türkei DISK. „Um streiken und über den Tarif verhandeln zu dürfen, muss eine Gewerkschaft in einer Branche türkeiweit mindestens ein Prozent und zugleich in dem Unternehmen, in dem sie Tarifverhandlungen führen will, mehr als die Hälfte der ArbeitnehmerInnen organisiert haben.“ Und selbst wenn die ArbeiterInnen doch einmal einen Ausstand beschließen, gehe der Ministerrat dazwischen – mit dem Argument, dass „Streiks die nationale Sicherheit und öffentliche Gesundheit gefährden“.

So fühlen sich im aktuellen Ausnahmezustand vor allem die Arbeitgeber ermutigt. Sie zeigen sich bei Tarifverhandlungen unnachgiebig wie nie zuvor. Gewerkschaftsarbeit gehört nach wie vor zu den häufigsten Kündigungsgründen. Das bisher noch effektivste Instrument gegen willkürliche Entlassungen war, dass die Höhe der Abfindungen sich an den Dienstjahren orientierte. Doch diese Regelung dürfte es nicht mehr lange geben. Derzeit ist die Rede



Foto: © Murat Bay

Streikende gefährden angeblich „die nationale Sicherheit und öffentliche Gesundheit“

davon, die Finanzierung an einen Fonds zu übertragen und den Arbeitgebern damit den Rücken freizuhalten.


Für die lohnabhängig Beschäftigten ist das eine besondere Enttäuschung. Denn die Regierungspartei AKP hatte bei den Parlamentswahlen 2015 noch in Aussicht gestellt, den monatlichen Mindestlohn anzuheben, das Subunternehmertum abzuschaffen und den ArbeiterInnen zu Festanstellungen zu verhelfen. Ersteres setzte sie noch um. Der Mindestlohn stieg immerhin um 30 Prozent auf 1.300 Türkische Lira (umgerechnet rund 330 Euro), den Rest allerdings vergaß sie dann.

Obwohl in der Arbeiterschaft eine große Unzufriedenheit herrscht, kommt es nicht zu Massenmobilisierungen, stattdessen hat sich eine Atmosphäre der Entmutigung breit gemacht. Denn um nicht selbst zur Zielscheibe zu werden, halten sich die Gewerkschaften zurück. Wie sehr und was das für einen Ausnahmezustand bedeutet, zeigen die Bilder vom 1. Mai 2017: Die Mai-Kundgebungen waren die größten seit 2012, doch bei den Gewerkschaften fiel die Teilnahme meist kläglich aus.

„Obwohl in der Arbeiterschaft eine große Unzufriedenheit herrscht, hat sich eine Atmosphäre der Entmutigung breit gemacht.“

Dass das bei den politisierten, mit brennenden Problemen konfrontierten Werkträgern angestaute Energiepotenzial nicht in organisierte Bewegung umgesetzt werden konnte, bedeutet nicht, dass es verpufft. Gewerkschafter Karatepe sagt: „Der gemeinsame Kampf um Rechte führt auch dazu, dass die Strategien der Gewerkschaften große Reichweite haben.“ Noch müssen die Gewerkschaften aber einen Weg finden, diese Reichweite zu nutzen.

Ali Ergin, Übersetzung: Sabine Adatepe

 Der Autor arbeitet seit 13 Jahren in Istanbul für alternative Medien. Derzeit schreibt er für Sendika.org, deren Redaktion gegen Verbote kämpft.



Weltweiter Rechtsruck: Der Kommentar

Gewerkschaften im Kampf gegen Rechtspopulismus

Ja, es stimmt: Nachdem der Ausgang des „Brexit“-Referendums im vergangenen Jahr von den Rechtspopulisten in Großbritannien und ganz Europa als Triumph gefeiert worden war, sind die schlimmsten Befürchtungen nicht eingetreten.

Norbert Hofer von der FPÖ wäre nur um ein Haar österreichischer Bundespräsident geworden. Dem Rechtspopulisten Geert Wilders ist es nicht vergönnt gewesen, mit seiner Partei der Freiheit stärkste Kraft im niederländischen Parlament zu werden. Er musste sich mit dem zweiten Platz zufrieden geben. Und auch in den

Stichwahlen zum Amt des französischen Staatspräsidenten konnte Marine Le Pen mit ihrem rechtsextremen Front National zwar immerhin ein Drittel der Wählerstimmen holen, musste aber letztlich eine deutliche Niederlage gegen Emmanuel Macron hinnehmen.

Und doch sprechen wir nur von geliehener Zeit für Europa als demokratische Werte- und Solidargemeinschaft: In all den genannten Fällen haben die Rechtspopulisten deutlich zugelegt. In Deutschland ist es der Alternative für Deutschland gelungen, bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen in das dreizehnte



Foto: © Bettina Engel-Albusin

Gewerkschaften beziehen „dezidiert Gegenposition zum Rückfall in Nationalismus und Protektionismus“

Landesparlament in Folge einzuziehen. So groß die Unterschiede zwischen ihnen im Einzelnen auch sein mögen, eines haben die Rechtspopulisten und -extremisten europaweit gemeinsam: All ihre Wahlerfolge stützen sich auf die gleichen Feindbilder, die Auswuchs ihres völkischen Nationalismus und ihrer Ablehnung des demokratischen Pluralismus offener Gesellschaften sind. Mit fremdenfeindlichen Parolen propagieren sie einen rassistisch-chauvinistischen „Volks“-Begriff und eine Politik der Ausgrenzung und Abschottung gegen alle, die „anders“ sind.



Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingsfrage und der wachsenden Terrorbedrohung durch islamistische Fundamentalisten sind dabei in den letzten Jahren Muslime und der Islam insgesamt zu einer der Hauptzielscheiben ihrer Hasstiraden geworden. Gleichzeitig propagieren die Rechtspopulisten die Fiktion einer Rückkehr zum souveränen Nationalstaat als Heilsversprechen und einzig mögliche Antwort gegen die fortschreitende Globalisierung. Das europäische Einigungsprojekt wird von ihnen inszeniert als massive Bedrohung nationaler Identität und Souveränität und deshalb in vielen Fällen rundweg abgelehnt.

Und schließlich stellen die Rechtspopulisten die Grundlagen unserer parlamentarischen Demokratie und die Vertrauenswürdigkeit ihrer Institutionen grundsätzlich in Frage, indem sie sich als einzige wahre Vertreter der Interessen des „Volkssoveräns“ gegen „die da oben“ gerieren. Das politische Establishment und die etablierten politischen Parteien werden pauschal als verkommene und korrupte Kaste denunziert, die nur noch persönliche und Machtinteressen verfolgt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Beobachtung, dass rechtsextreme Einstellungen und die Anfälligkeit für rechtspopulistische Parolen zwar zunehmen, letztlich aber die subjektiven Muster der Problemverarbeitung bei drohendem Statusverlust entscheidend sind. Bei Menschen, bei denen autoritäre Überzeugungen vorherrschen, ist die Ausbreitungsgefahr von Rechtspopulismus und -extremismus weit größer als bei jenen, die durch demokratische Überzeugungen geprägt sind.

Genau hier setzen Gewerkschaften in Deutschland und Europa mit ihren Strategien gegen Rechtspopulismus und -extremismus an. Insbesondere in ihrer Jugend- und politischen Bildungsarbeit, aber auch bei ihrer Arbeit im Betrieb, agieren sie auch immer als Wertegemeinschaften. Sie vermitteln dort aktiv die Wertebasis ihres Engagements für eine solidarische, sozial gerechte und offene Gesellschaft als Gegenentwurf zu dem völkischen Nationalismus und dem Rassismus der Rechtspopulisten

„Die Gewerkschaften vermitteln die Wertebasis ihres Engagements für eine solidarische, sozial gerechte und offene Gesellschaft als Gegenentwurf zu dem völkischen Nationalismus und dem Rassismus der Rechtspopulisten“.

– eben um ihre Mitglieder zu einer subjektiven Problemverarbeitung auf der Grundlage demokratischer Überzeugungen zu befähigen.

Gefragt sind die Gewerkschaften aber auch als politische „Agenda-Setter“. Sie koppeln das Ziel einer diskriminierungsfreien Gesellschaft immer mit der sozialen Frage. Die Gewerkschaften sind es, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass Themen wie gleiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabechancen durch Bildung, der Kampf für eine stärkere Tarifbindung und

„Anstelle des freien Spiels der Marktkräfte ist ein Umsteuern in Richtung demokratiekonformer Märkte notwendig.“

Elementar dafür sind Ansätze für eine faire Gestaltung der Globalisierung im Zuge der rasanten Veränderungen internationaler Wertschöpfungsstrukturen und eine deutliche Stärkung der sozialen Dimension der Europäischen



Foto: © Philipp Gabriel

Gewerkschaften als politische „Agenda-Setter“: NRW-Gewerkschaften setzen ein klares Zeichen gegen Rassismus und Hass

gegen prekäre Beschäftigung, eine ausreichende sozialstaatliche Absicherung in allen Lebenslagen und Lebensphasen oder die zunehmend auseinanderklaffende Gerechtigkeitsschere in der Einkommens- und Vermögensverteilung wieder ganz oben stehen auf der politischen Agenda. Hierin liegen zentrale Ansatzpunkte, um der Ausbreitung sozialer Abstiegs- und Verlustängsten entgegenzutreten und den Rechtspopulisten das Wasser abzugraben.

Gleichzeitig machen sich die Gewerkschaften in Europa, unterstützt durch den Europäischen Gewerkschaftsbund, dafür stark, den Kurs der neoliberalen Globalisierung der letzten Jahrzehnte zu korrigieren und auch der europäischen Integrationspolitik eine neue Richtung zu geben. Anstelle des freien Spiels der Marktkräfte und des Abgleitens in Formen der marktkonformen Demokratie ist global und auf EU-Ebene ein Umsteuern in Richtung demokratiekonformer Märkte notwendig.

Union. Damit beziehen die Gewerkschaften dezidiert Gegenposition zu dem Rückfall in Nationalismus und Protektionismus, wie er von den Rechtspopulisten als vermeintliche Problemlösung propagiert wird.

Thomas Fischer

Der Kommentator ist Leiter der Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand.



Foto: © TUB

Gewerkschaften „koppeln das Ziel einer diskriminierungsfreien Gesellschaft immer mit der sozialen Frage“ – Thomas Fischer



„Im Bauch des Monsters“

US-Präsident Donald Trump ist eine Herausforderung für die Solidarität der Gewerkschaftsbewegung: Er behandelt nicht alle gleich schlecht, sondern umgarnt die ihm nützlich sind.

„Sie sollten sich schämen“, sagt Bill Fletcher über das Dutzend Spitzengewerkschafter, die einer Einladung von Donald Trump ins Weiße Haus folgten und anschließend von einem „exzellenten Treffen“ schwärmten: „Er will die Gewerkschaften zerstören. Sie haben nichts mit ihm zu besprechen.“

Fletcher kennt die Probleme der Gewerkschaftsbewegung der USA von innen: den Mitglieder- und Einflusschwund, die Verdrängung aus Branchen und Regionen und die permanente Konfrontation mit immer neuen Gesetzen, die ihre Rechte einschränken. Er hat in mehreren Gewerkschaften gearbeitet, unter anderem als Bildungsreferent und Assistent des Präsidenten des mitgliederstärksten Dachverbands AFL-CIO. Heute stellt er fest: „Die Gewerkschaften sind so verzweifelt, dass sie sich an jeden Funken Hoffnung klammern.“

Für den Präsidenten war das Treffen eine Medienoperation. An seinem ersten Montag im Weißen Haus hatte der rechte Populist per Dekret den Ausstieg der USA aus den Verhandlungen über das Transpazifische Freihandelsabkommen (TPP) verfügt, er hatte Arbeitgeber empfangen, denen er versprach, die Unternehmenssteuer zu senken, und einbläute, nur in den USA zu produzieren und US-amerikanische ArbeiterInnen einzustellen. Dann kam die Reihe an die Gewerkschafter, die Bauarbeiter, LKW-Fahrer und Schlosser vertreten, Trump als Baulöwen kennen und auf Aufträge hoffen – etwa für Pipelines und Grenzfestigungen. Das Treffen verlief so gut, dass

Trump Journalisten in den Raum holte. James P. Hoffa, Präsident der mitgliederstärksten Einzelgewerkschaft International Brotherhood of Teamsters, die zum Dachverband Change to Win gehört, schmeichelte: „Präsident Trump hat heute den ersten Schritt getan, um 30 Jahre schlechte Handelspolitik zu korrigieren, die Millionen gut bezahlte amerikanische Jobs gekostet hat.“ Trump erwiderte, die Türen des Weißen Hauses stünden ihnen immer offen.



Foto: © Culinary Union/flickr CC BY-NC-ND 2.0

US-Gewerkschaften machen mobil gegen Trumps Politik – hier gegen die Eröffnung seines Luxushotels in Washington

Im Wahlkampf hatten nur drei Gewerkschaften von weit rechtsstehenden Polizisten, Grenzschützern und Einwanderungsbeamten Trump unterstützt. Die meisten anderen – auch Hoffa – hielten ihn für einen „Schwindler“ und „Eiferer“. Sie machten Kampagne für Hillary Clinton. Aber an der Basis – vor allem bei weißen, männlichen Arbeitern – kamen Trumps chauvinistische Slogans an. Er erhielt mehr Stimmen aus Gewerkschaftshaushalten als jeder vorausgegangene Republikaner.

Seit diesem Tag im Weißen Haus hat Trump den Gewerkschaften weiter zugesetzt. Sein erster Kandidat als Arbeitsminister war Multimilliardär Andrew Puzder, der in seinen Fastfood-Ketten Anti-Diskriminierungsgesetze verletzt und Überstunden nicht zahlt. Weil er selbst republikanischen Abgeordneten zu extrem war, musste er sich zurückziehen. Bildungsministerin und Multimillionärin Betsy DeVos will die öffentlichen Schulen durch – gewerkschaftsfreie – private und Vertragsschulen (Charter Schools) ersetzen. Trumps Wahl für den vakanten Sitz am Obersten Gerichtshof Neil Gorsuch steht auf Arbeitgeberseite. Und Doug Seaton, sein Kandidat für das National Labor Relations Board, das über die Einhaltung des Arbeitsrechtes wacht, ist ein „Union-Buster“, der sich als Anwalt darauf

spezialisiert hat, Beschäftigte davon abzuhalten, Gewerkschaftsmitglied zu werden. Dazu findet Trump die seit Jahren eingefrorenen Löhne „zu hoch“, hat Neueinstellungen im Öffentlichen Dienst gestoppt und will bei der Umweltbehörde EPA Tausende entlassen.

Dass die Republikaner in Washington trotzdem noch nicht dazu gekommen sind, das Gewerkschaftsrecht national auszuhöhlen, hat mit ihrem internen Chaos zu tun. In den Bundesstaaten hingegen kommen sie zügig voran. Dort attackieren sie die Gewerkschaften mit „Right to Work“-Gesetzen. Der Euphemismus – Recht auf Arbeit – bedeutet, dass Gewerkschaften verpflichtet sind, alle Beschäftigten in ihren Betrieb zu vertreten, dass jedoch die Beschäftigten selbst entscheiden können, ob sie dafür Beiträge zahlen – oder nicht. 28 der 50 Bundesstaaten haben bereits solche Gesetze eingeführt. Wo immer eines in Kraft tritt, verlieren die Gewerkschaften Mitglieder und Einnahmen. Auch im Kongress liegt ein Entwurf für ein nationales „Right to Work“-Gesetz vor. Trump „liebt“ das „Right to Work“: „Die ArbeiterInnen müssen den Gewerkschaften nicht die hohen Gebühren zahlen.“

Rechtes Versuchslabor ist seit 2011 der Bundesstaat Wisconsin. Seit Gouverneur Scott Walker das Recht auf Tarifverhandlungen drastisch eingeschränkt hat, ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Öffentlichen Dienst um 40 Prozent gesunken. Landesweit hatten die Gewerkschaften in den USA Ende 2016 noch 14,6 Millionen Mitglieder (10,7 Prozent der Beschäftigten) – 240.000 weniger als zwölf Monate zuvor. Um den Abwärtstrend umzudrehen, wäre eine grundsätzliche Umorientierung nötig, sagt Aktivist Fletcher. Anstatt sich auf chauvinistische Slogans einzulassen, müssten die Gewerkschaftsspitzen breitere Allianzen suchen und die echten Probleme thematisieren – „von der Automatisierung über die Prekarisierung bis hin zu den globalen Strategien des Kapitals“.

„Wir sind hier in Amerika im Bauch des Monsters“, sagt David A. Poklinkoski von der International Brotherhood of Electrical Workers, die dem Dachverband AFL-CIO angehört. Er arbeitet in Madison, in Wisconsin, und glaubt nicht, dass der Abwärtstrend in Stein gehauen ist. „Wenn alte Strukturen nicht mehr funktionieren, finden wir neue“, sagt er: „Niemand kann voraussagen, wann es passiert.“

Dorothea Hahn

Die Autorin lebt in New York. Sie berichtet seit 2010 über US-Politik.

NO
RIGHTS
~~TO~~ AT
WORK



Geduld mit Duterte

In den Philippinen warten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bislang vergeblich auf die Einlösung der Versprechen von Rodrigo Duterte. Noch kann der Präsident die Gewerkschaften mit bloßen Gesten einfangen.

„Ich habe es gesagt und sage es jetzt wieder: Ich stehe fest dazu, die Leiharbeit zu beenden. Das Arbeitsgesetz garantiert allen Arbeitskräften das Recht auf Festanstellung. Das muss strikt befolgt werden. In angemessener Zeit.“ Das sagte der philippinische Präsident Rodrigo Duterte am 1. Mai diesen Jahres in seiner Heimatstadt Davao zu den 5.000 dort versammelten Gewerkschaftern. Es war der erste Auftritt eines philippinischen Präsidenten am Tag der Arbeit seit etlichen Jahren.

gen zu hören ist. Dabei fallen gelegentlich auch linke Aktivisten und Gewerkschafter Dutertes Drogenkrieg zum Opfer.

Im philippinischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 hatte er nicht nur versprochen, den Mindestlohn zu erhöhen, sondern auch Leih- und Zeitarbeit abzuschaffen. Bislang hat jeder Beschäftigte laut Arbeitsgesetz nach sechs Monaten Anspruch auf eine unbefristete Stelle – und damit auch Anspruch auf den Mindestlohn und gewerkschaftliche Vertretung. Um das zu umgehen, nutzen viele Firmen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter oder geben ihren Angestellten nur Zeitverträge für weniger als sechs Monate, die sie dann beliebig oft erneuern. Philippinische Bauarbeiter sind ohnehin oft nur noch Tagelöhner, aber auch in der verarbeitenden



Foto: Prachatai/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Duterte versteht es bislang, die Gewerkschaften zu umgarnen

das geplante Dekret mehrfach verschoben worden, das hatte Hoffnungen genährt. Als es aber am 16. März veröffentlicht wurde, war die Enttäuschung groß. Statt eines Verbots gab es nur ein paar neue Regeln – und damit, wie die Gewerkschaften glauben, eine Legalisierung der bisherigen Praxis samt neuer Schlupflöcher. Arbeitsminister Silvestre Bello III. erklärte, nur der Kongress könne die Leiharbeit verbieten. Dort hat Dutertes Regierung zwar eine komfortable Mehrheit. Aber die meisten Abgeordneten entstammen der wirtschaftlichen Elite und dürften gegen ein Verbot sein. „Verhalten sich Bello und sein Ministerium weiter wie die prokapitalistischen und arbeiterfeindlichen Vorgängerregierungen, werden sie den Zorn der Arbeiterinnen und Arbeiter zu spüren bekommen und müssen mit wachsendem Protest rechnen“, droht Elmer Labog, der Chef der militanten Gewerkschaft Kilusang Mayo Uno KMU („Bewegung 1. Mai“).

Laut Arbeitsminister wurden schon 50.000 befristete Verträge in feste Stellen umgewandelt. Und jetzt werde die Zahl der Arbeitsschutzinspektoren von landesweit 535 um 37 erhöht. Wohl wissend, dass dies für die 950.000 Unternehmen viel zu wenig sind, lud Duterte am 1. Mai die Gewerkschaften in seiner populistischen Art direkt ein, ihm Verstöße zu melden: „Ihr macht jetzt die Inspektionen. Aber sagt mir die Wahrheit.“

Ansonsten bat er um Geduld. Diese dürften die Gewerkschaften angesichts des geringen Organisationsgrades von weniger als fünf Prozent noch eine Weile haben. Und an dem dürfte sich erst etwas ändern, wenn die radikale Linke mit Duterte bricht und gegen ihn wie gegen frühere Präsidenten mobilisiert. Doch noch fühlt sie sich durch seine Kooptionspolitik genauso aufgewertet und geschmeichelt wie die schwächeren Gewerkschaften.

Sven Hansen

 Der Journalist ist Asienspezialist und bereist den Kontinent regelmäßig.



Foto: Wayne S. Grazio/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Gefährdet und prekär: Bauarbeiter in Manila

Der Populist Duterte, der sich gern als Rächer des kleinen Mannes inszeniert, zugleich aber auch mit seinem Anti-Drogen-Krieg mit bisher rund 8.000 Toten für Entsetzen sorgt, bezeichnet sich selbst als Sozialist. Das halten viele nur für eine Floskel des pragmatischen Machtpolitikers, der ideologisch kaum zu verorten ist. Für den Globalisierungskritiker Walden Bello verkörpert Duterte wegen seiner Tötungspolitik gar „eine neue Art des Faschismus“.

Nur wenige Monate nach seiner Amtsübernahme hat Duterte Friedensgespräche mit der maoistischen Guerilla aufgenommen. Ihrer politischen Vertretung bot er an, drei von ihnen in sein Kabinett zu berufen. Da sind sie jetzt mitverantwortlich für Sozialpolitik. Damit hat er die Maoisten eingebunden – weshalb von dieser sonst lautstarken Strömung bisher keine Kritik an seiner Politik extralegaler Hinrichtun-

Industrie kommen viele Arbeitskräfte deshalb selbst nach Jahren nicht auf den Mindestlohn und müssen immer wieder um ihren Arbeitsplatz fürchten. Das Ausmaß dieses Missbrauchs ist umstritten. Offiziell betrifft es 1,3 Millionen, doch reichen Schätzungen bis zu einem Drittel der 32 Millionen Beschäftigten.

Eine über das bisher übliche Maß hinausgehende Erhöhung des Mindestlohns, der von Regionalbehörden unter Beteiligung von Arbeitgebern und -nehmern festgelegt wird, gab es unter Duterte bisher nicht. In seiner Rede am 1. Mai ging er auf Lohnerhöhungen auch gar nicht ein. In den ersten zehn Monaten seiner Amtszeit hat er sich zweimal mit den Führern der neun konkurrierenden Gewerkschaftsverbände zusammengesetzt. Diese sind sich immerhin darin einig, die Leiharbeit beenden zu wollen. Nach Treffen mit dem Arbeitsministerium war



Kaltgestellt aus Prinzip

Die Gewerkschaftsbewegung in Ungarn ist zersplittert, sie hat kaum Macht. Viele ArbeiterInnen verlassen sich deshalb lieber auf Ministerpräsident Viktor Orbán – auch wenn das kurzfristig sein dürfte.

So nimmt man Luft raus: Am 25. April zog Ungarns Regierung einen Gesetzesentwurf zurück, der maximale Flexibilität in den Betrieben ermöglichen sollte. Arbeitgeber sollten die Arbeitszeit ihrer MitarbeiterInnen nahezu unbegrenzt ausdehnen können. Schon jetzt werden wochenlange Überstunden nicht bezahlt, wenn die Arbeitszeit über ein Jahr gerechnet nicht mehr als durchschnittlich 48 Stunden in der Woche beträgt. Sie werden über ein Zeitkonto kompensiert, damit die Betriebe auf Nachfrageschwankungen reagieren können. Mit dem Vorstoß sollte der Zeitraum auf drei Jahre ausgedehnt werden. Das sei „auch im Interesse der ArbeitnehmerInnen und der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze“, argumentierte Erik Bánki, Abgeordneter der regierenden Fidesz und Vorsitzender des zuständigen Parlamentsausschusses.

Nachdem die Gewerkschaften mit Protesten und Streiks gedroht hatten, lenkte die Regierung ein. Zunächst: Sie will jetzt in Dreiergesprächen mit Arbeitgebern und Gewerkschaftsdachverbänden darüber verhandeln, wie die Interessen aller Beteiligten gewahrt werden können – etwa mit Kompensationen für ältere ArbeitnehmerInnen, denen die Frührente nicht mehr offensteht. Die Arbeitgeberverbände hatten nach eigenen Angaben gar nicht auf die neue Reform gedrängt. In Gewerkschaftskreisen vermutet man, dass ein transnationaler Konzern dahintersteht. Das ist alles so undurchsichtig, dass Károly György

vom größten ungarischen Gewerkschaftsbund MaSZSZ auch die Dreiparteiengespräche für reine Ablenkungsmanöver hält. Er glaubt, dass die Novelle demnächst neuerlich aufgetischt wird.

Traditionell setzen die ungarischen Gewerkschaften eher auf Verhandlungen als auf Konflikt – und haben sich damit den Ruf eingehandelt, allzu handzahn zu sein. In den vergangenen Jahren waren sie bereits machtlos gegen viele Einschränkungen des Arbeitsrechts. Besonders erfolgreich war die Regierung von Viktor Orbán beim Kaltstellen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Seit 2012 dürfen sie den Mitgliedsbeitrag nicht mehr automatisch vom monatlichen Gehalt einbehalten. Dadurch haben sie gut die Hälfte ihrer Beiträge verloren. Die Freistellung von Betriebsräten bei Lohnfortzahlung wurde genauso aufgekündigt wie die unentgeltliche Nutzung von Büroräumen und Telefonanschlüssen.

Als neue Vertretung wurden Kammern mit kostenloser Zwangsmitgliedschaft für die StaatsbeamtenInnen und die Sicherheitskräfte geschaffen. Die sind jetzt die wichtigsten Ansprechpartner für Gehaltsverhandlungen. Mit einem Dutzend oder mehr Gewerkschaften zu verhandeln, sei zeitraubend und daher unzumutbar, argumentierte die Regierung gegen die Proteste der Gewerkschaften. Tatsächlich sind Ungarns Gewerkschaften mit fünf Dachverbänden zersplittert. Bis zur Vereinigung von MSZOSZ und Autonomer Konföderation Szakszervezet 2015 waren es sechs gewesen. Einige waren aus der einstigen kommunistischen Einheitsgewerkschaft hervorgegangen, andere erst nach dem Systemwechsel Anfang

der 1990er Jahre gegründet worden. Insgesamt vertreten sie aber nur neun Prozent der Erwerbstätigen in Ungarn.

In der Protestbewegung gegen Orbáns autoritäre Politik, die vor allem von städtischen Intellektuellen getragen wird, spielen die Gewerkschaften keine Rolle. Einzelne Mitglieder beteiligen sich zwar über die sozialen Medien – aber immer als Individuen, nicht unter dem Banner ihrer Organisation.

Orbán will Ungarn in Richtung „illiberale Demokratie“ führen.



Als Orbán 2014 bei einem Auftritt vor StudentInnen der ungarischen Minderheit in Rumänien den europäischen Sozialstaat für gescheitert erklärte und verkündete, er wolle sein Land Richtung „illiberale Demokratie“ führen, war die LIGA der einzige Gewerkschaftsbund, der sich öffentlich dagegen wandte. Es seien gerade die Vertreter des Wohlfahrtsmodells, die die größte Wettbewerbsfähigkeit zeigten.

„Die Schwächung der Gewerkschaften ist Absicht“, sagt László Herczog, der mehr als 20 Jahre lang führende Positionen im Arbeitsministerium bekleidete. „Orbán hasst die Gewerkschaften“, sagt der deutsche Gewerkschaftsexperte Rainer Girndt. Insgesamt hat Orbán von Arbeitnehmerseite wenig Gegenwind zu erwarten. „Die ArbeiterInnen stehen hinter Orbán“, sagt der pensionierte Eisenbahngewerkschafter János Balla. Die Arbeitslosigkeit sei mit 4,2 Prozent auf einem Tiefstand seit der politischen Wende und die Wirtschaft wachse überdurchschnittlich. Orbán verlange den Werkstätigen zwar viel ab, aber dann verwöhne er sie wieder. Als die Gewerkschaften acht Prozent plus forderten, ließ der Premier jüngst den Mindestlohn per Gesetz um 15 Prozent anheben, für Fachkräfte sogar um 25 Prozent. Deswegen glaubt Balla: „Solange sie satt gefüttert werden, bleiben sie zufrieden.“

Ralf Leonhard

Der Autor ist Korrespondent und beobachtet die Entwicklungen in Ungarn seit vielen Jahren. Er lebt in Wien.



Foto: habeabee/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Seltenes Bild auf Budapests Straßen: Gewerkschaftsdemonstrationen – und dann noch proeuropäisch



„Arbeitsrechte stehen auf dem Spiel“

Brasiliens Gewerkschaften mobilisieren gegen Reformpolitik mit Generalstreik und Protesten, die es so in den letzten Jahrzehnten nicht mehr gab. Dahinter steht auch Gewerkschafter Jocelio Drummond.

Alle Räder standen still – fast. Kaum ein städtischer Bus war in der Industriemetropole São Paulo unterwegs, im U-Bahn-Netz fuhr nur die Linie 4 – die einzige privatisierte. Die meisten Schulen blieben geschlossen und Zehntausende gingen statt zur Arbeit zu einer der vielen Protestkundgebungen. Für Gewerkschafter Jocelio Drummond war der landesweite Streiktag ein Riesenerfolg: „Es war die größte Arbeitsniederlegung der letzten Jahrzehnte. Ein deutliches Signal gegen die Reformpolitik der Regierung.“

Für den 28. April hatten Brasiliens Gewerkschaften zu einem Generalstreik aufgerufen. Es war der vorläufige Höhepunkt der Mobilisierung gegen die Sparpolitik unter dem konservativen Präsidenten Michel Temer. Er will die Arbeitsgesetzgebung und das Rentensystem reformieren. Ohne Einschnitte sei es nicht möglich, das große Haushaltsdefizit zu stopfen, argumentiert Temer. Drummond hingegen spricht von einer „Umverteilung von unten nach oben“. Derzeit debattiert der Kongress die beiden Gesetzesinitiativen, die Temer gerne vor Jahresmitte abgesegnet hätte.

Ein erster Eingriff in das Arbeitsrecht ist bereits verabschiedet: das generelle Outsourcing. Unternehmen ist es jetzt erlaubt, alle Tätigkeiten des Betriebs an kostengünstigere Dienstleister oder Leiharbeiter auszulagern. „Diese Reformen müssen verhindert werden, denn sie bedeuten einen schmerzhaften sozialen Rückschritt für die kommenden Jahre, insbesondere für die ärmeren Schichten“, sagt Drummond. Der Mediziner ist lateinamerikanischer Regionalsekretär der Internationale für Öffentliche Dienste (PSI), einem weltweitem Zusammenschluss von über 600 Gewerkschaften des öffentlichen Sektors in 154 Staaten, der auch ver.di angehört. „Alle gesetz-



Foto: © Alberto Veiga

„Gewerkschafter sollten keine Schadensbegrenzung betreiben, sondern dafür sorgen, dass sich die Lage der ArbeitnehmerInnen verbessert“ – Streikende in Curitiba

lichen Schutzbestimmungen sollen durch jeweils neu ausgehandelte Verträge ersetzt werden. Sogar Regelungen zu Wochenarbeitszeit und Urlaub stehen dadurch auf dem Spiel“, kritisiert Drummond.

Auch Niklaas Hofmann, Leiter des Regionalbüros Lateinamerika des DGB Bildungswerk BUND, hält die Reform des Arbeitsrechts für einen Rückschritt: „Sie schwächt den Zugang zur Arbeitsgerichtsbarkeit und weitet die Möglichkeiten des Outsourcings aus, was zu niedrigeren Löhnen führen dürfte.“ Damit entspreche das Gesetzesprojekt einem Wunschkonzert der Arbeitgeberverbände, die den Entwurf inhaltlich maßgeblich gestaltet haben, erklärt Hofmann.

Drummond ist skeptisch. Da die Regierung über eine breite parlamentarische Mehrheit verfügt, ist viel Mobilisierung zur Verhinderung der Reformen notwendig. Von Vorteil ist, dass erstmals seit langem alle Gewerkschaftsverbände an einem Strang ziehen. „Da die Sparpolitik enorme Kürzungen vorsieht und von einem Großteil der Bevölkerung abgelehnt wird, haben sich auch konservativ ausgerichtete Dachverbände gegen die Reformen ausgesprochen“, so Drummond. Er hält diese Einheit für die einzige Option, um ausreichend Druck auf die Regierung machen zu können.

Das Bündnis mobilisiert vor allem in der Hauptstadt Brasilia, wo soziale Bewegungen und Gewerkschaften immer wieder den Kongress belagern. Die Landlosen, die in Städten gut organisierten Obdachlosen, Indigene und andere Bewegungen sind Verbündete, sogar die katholische Bischofskonferenz hat sich explizit gegen die Reformen ausgesprochen.

Drummond und der größte Gewerkschaftsverband CUT halten Proteste und politischen Druck für das beste Mittel, der Regierung Temer Paroli zu bieten. Andere, gemäßigttere Verbände, setzen auf Verhandlungen. „Bisher wurde im Dialog nichts wesentliches erreicht“, resümiert Drummond, „Gewerkschafter sollten keine Schadensbegrenzung betreiben, sondern dafür sorgen, dass sich die Lage der ArbeitnehmerInnen verbessert.“ Der momentane Konsens unter den Verbänden ist brüchig. Einige Gewerkschafter unterstützten die umstrittene Amtsenthebung der Mitte-links-Präsidentin Dilma Rousseff vor einem Jahr. Für die CUT handelte es sich schlicht um einen parlamentarischen Putsch, um nach 14 Jahren Regierung der Arbeiterpartei PT eine neoliberale Wende einzuleiten.

Brasilien ist in der Region kein Einzelfall. Im Nachbarland Argentinien, aber auch in Peru oder Chile ist unternehmerfreundliche Politik auf dem Vormarsch. Als Mitglied eines internationa-



Foto: © Alberto Veiga

„Bisher wurde im Dialog nichts Wesentliches erreicht“ – In Rio de Janeiro geht die Polizei während des Generalstreiks gegen Demonstrierende vor

len Verbands sieht Drummond seinen Beitrag zu diesem Kampf in der Vernetzung, unter anderem im Bereich Medien: „Die Presse in Brasilien unterstützt fast unisono die Regierung und damit auch die Reformpolitik. Da die internationale Presse kritischer ist, ist es wichtig, ihr auch andere Informationen zukommen zu lassen.“

Andreas Behn



Der Autor lebt in Rio de Janeiro und berichtet seit Jahren aus Südamerika.

Arbeitsrecht: Regierung Temer will alle gesetzlichen Schutzbestimmungen aushebeln



Sonntags am Statue Square

Mehr als neun Millionen Menschen arbeiten fern ihrer Heimat als Angestellte in Privathaushalten. In einem Pilotprojekt für migrierende philippinische Hausangestellte entwickelt das DGB Bildungswerk BUND neue Wege, ihnen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu helfen.

Anlässe finden sich genug. „Einmal hab ich nur vergessen, die Butter auf den Tisch zu stellen“, sagt Maryane. Daraufhin habe ihr Arbeitgeber sie geohrfeigt und in den Bauch geschlagen. Mitbekommen hat das niemand, und sie wusste auch lange nicht, wem sie es wann erzählen sollte. Denn die 28-jährige Filipina arbeitet als Hausangestellte bei einer Familie in Hong Kong, 16 Stunden am Tag, sechs Tage die Woche. Schlafen muss sie in der Gästetoilette.

Nicht besser geht es der ein Jahr älteren Annie. Sie hat zwar einen eigenen Schlafrum, aber der ist rund um die Uhr videoüberwacht. „Ich kann nichts tun, ohne dass der Hausherr es sieht“, sagt sie. Auch sie hat nur einen freien Tag die Woche – und den nutzt sie in erster Linie, um etwas zu essen aufzutreiben. Denn in der Familie, die sie angestellt hat, muss sie immer wieder hungern.

Maryanes und Annies Geschichten waren im britischen „Guardian“ nachzulesen. Dass sie keine Einzelfälle, im Vergleich nicht einmal besonders hart sind, zeigen verschiedene Studien, die in den vergangenen Jahren veröffentlicht wurden. 53 Millionen Hausangestellte gibt es nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO weltweit. Rund 17 Prozent davon sind MigrantInnen. Sie verdienen oft weniger als ein Fünftel des jeweiligen Durchschnittslohns und haben zu 90 Prozent keine soziale Absicherung, die Arbeitszeiten sind lang und oft willkürlich, obwohl 24



Foto: IDFW/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Auch ein Problem: Irreguläre Verträge

Länder inzwischen die ILO-Konvention über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte ratifiziert haben.

Die Philippinen sind eines der wichtigsten Entsendeländer, fast 100.000 Filipinas gehen



Die Hausangestellten leben für das Telefonat nach Hause

jedes Jahr ins Ausland, um dort als Hausangestellte Geld zu verdienen, das sie ihren Familien schicken können. Das DGB Bildungswerk BUND, das in diesem Jahr ein Teilprojekt „Internationale Migration von Hausangestellten“ gestartet hat, konzentriert sich deshalb zunächst auf Frauen aus diesem Land. Ziel ist es, es migrierenden philippinischen Hausangestellten zu ermöglichen, „sich aktiv für die Einhaltung ihrer kollektiven Interessen und Rechte auf nationaler und internationaler Ebene einzusetzen“.

„Neben fehlender Freizeit, Gewalt und sexuellen Übergriffen ist die Vereinzelung das schlimmste für die Frauen“, sagt Susanne Ludwig, die das Projekt beim Bildungswerk koordiniert. Die zentrale Maßnahme ist daher ein Training für GewerkschafterInnen in den Philippinen. Sie sollen ausgebildet werden, in Hongkong, Macau Singapur und Malaysia Hausangestellte zu organisieren, rechtlich zu beraten und auch bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen.

Die Aktivitäten in den Philippinen koordiniert die einheimische Nichtregierungsorganisation LEARN. Der Gewerkschaftsdachverband

Sentro begleitet die Ausbildung mit einem Mentoring-Programm. Seine Vision ist es, eine internationale Gewerkschaft für philippinische Hausangestellte auf die Beine zu stellen. Damit der Ansatz darüber hinaus auch Pilotfunktion für Frauen mit anderen Nationalitäten entwickeln kann, bringt sich auch der globale Gewerkschaftsverbund IDFW ein. Er sorgt für die internationale Kommunikation, erstellt Materialien und organisiert regionale Austauschveranstaltungen. „Das Hauptproblem ist, dass den Frauen, die im Ausland ein-

zeln in fremden Haushalten leben, meist die Kontakte nach außen fehlen“, sagt Susanne Ludwig. Orte ausfindig zu machen, an denen sie überhaupt erst mit Hausangestellten reden können, und dann deren Vertrauen zu gewinnen, gehört deshalb zu den großen Herausforderungen, mit denen die OrganisiererInnen konfrontiert sein werden. „Am Ende müssen richtige Netzwerke stehen.“

In Hongkong, wo die Arbeitsbedingungen von migrierenden Filipinas bislang am besten erforscht sind, ist bereits eine Unterorganisation von Sentro aktiv, die wichtige Vorarbeit geleistet hat. Sie hat auch herausgefunden, dass es einen speziellen Platz gibt, den Statue Square, an dem sich an den Sonntagen – die für viele Hausangestellte der einzige arbeitsfreie Tag sind – die philippinische Community trifft. Dorthin haben es kurz vor dem internationalen Frauentag im März dieses Jahres auch Maryane und Annie geschafft.

Beate Willms



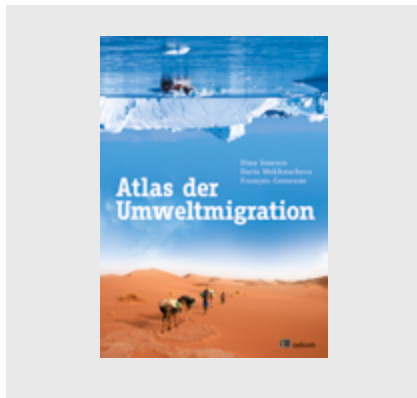
Die Autorin ist Journalistin und Ko-Redakteurin der Nord|Süd news. Sie lebt in Berlin.



Arbeitsplätze versus Vertreibung

Die einen freuen sich über Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen, die anderen müssen für diesen – oft kurzfristigen – Traum Land und Heimat aufgeben: Entwicklungsprojekte wie der Bau von Straßen und Infrastruktur wie Staudämmen ziehen sowohl ArbeitsmigrantInnen an, als sie auch umgekehrt zur Enteignung eingessener Gemeinden führen und Millionen anderer Menschen vertreiben. Der „Atlas der Umweltmigration“, der gerade im Oekom-Verlag erschienen ist, zeigt mit übersichtlichen, oft überraschenden Grafiken und Karten, begleitet von kurzen Analysen, welche Dimension diese erzwungene Mobilität angenommen hat, was das für gute Arbeit bedeutet, welche Strategien es gibt. Erarbeitet hat ihn die Internationale Organisation für Migration.

<https://www.oekom.de/nc/buecher/gesamtprogramm/buch/atlas-der-umweltmigration.html>



Firmen first

Die Zahl der Länder, in denen ArbeitnehmerInnen körperlicher Gewalt und Drohungen ausgesetzt sind, hat sich 2016 um 10 Prozent erhöht. Das geht aus dem Globalen Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbunds IGB/ITUC hervor. In 59 von 139 untersuchten Ländern wurden teils tödliche Angriffe auf Gewerkschaftsmitglieder dokumentiert, 2015 waren es noch 52 Staaten gewesen. Repressionen und Einschränkungen sind aber noch weiter verbreitet. So sind Beschäftigte in 84 Ländern vom Arbeitsrecht ausgeschlossen, in mehr als 100 Ländern wird ihnen das Recht auf Streik und Tarifverhandlungen verweigert. „Wir brauchen uns nur diese Zahlen anzusehen, um zu verstehen, warum die wirtschaftliche Ungleichheit heute so groß ist wie in der jüngsten Geschichte noch nie“, sagt IGB-Generalsekretärin Shannan

Burrow. Der Bericht mache deutlich, dass die Interessen der Unternehmen in der globalisierten Wirtschaft den Interessen der arbeitenden Menschen übergeordnet seien.

Mehr Infos: <https://www.ituc-csi.org/globaler-rechtsindex-des-igb-2017>



Kenne Dein Smartphone

Eltern mit Kindern sind mit dem Problem vertraut: Ohne Smartphone geht gar nichts. Ein guter Anknüpfungspunkt, junge Menschen für ein kritisches Herangehen an Konsum und Globalisierung zu interessieren, ist deshalb eine neue Broschüre samt Bildungsbox, die das entwicklungspolitische Netzwerk WEED entwickelt hat. Darin geht es um Rohstoffabbau, Arbeitsbedingungen und die Wertschöpfungsketten von digitalen Geräten und speziell Mobiles. Die Box ist in Gruppen und Klassen einsetzbar und wird unterstützt vom Förderprogramm entwicklungspolitische Bildung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen.

<http://www.weed-online.org/themen/10143977.html>

Bewegung bei der Geldverteilung

Deutschland hat zum ersten Mal die lange beschlossene Zielmarke für Entwicklungshilfe geknackt und 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens dafür ausgegeben. Nach Angaben der Industrieländerorganisation OECD betragen die offiziellen Mittel 2016 rund 23 Milliarden Euro, gut ein Drittel mehr als im Jahr zuvor. Hauptverantwortlich für den Zuwachs war allerdings eine Änderung der Definition von Entwicklungshilfe – die auch anderen Länder half, ihren Zielzahlen näher zu kommen: Erstmals flossen auch die Ausgaben für Hilfe für Geflüchtete in den Geberländern mit ein. Zudem stiegen auch die Beiträge für humanitäre Hilfe. Insgesamt kletterten so die Ausgaben der 29 Geberländer im OECD-Entwicklungsausschuss um knapp 9 Prozent auf rund 132 Milliarden Euro.

Mehr Info: <http://www.oecd.org/berlin/presse/mittel-der-entwicklungszusammenarbeit-auf-neuen-hoehchststand-11042017.htm>

Schwellenländer mit größtem Gender Gap

Gleichstellung auf dem globalen Arbeitsmarkt bleibt eine Wunschvorstellung. Nur 49 Prozent der Frauen weltweit zählen zur erwerbstätigen Bevölkerung, bei den Männern sind es 76 Prozent. Am größten ist der Unterschied mit 31 Prozentpunkten in den Schwellenländern, allen voran in den Arabischen Staaten, Nordafrika und Südasien. In den wenigsten Ländern sehen die ExpertInnen in den kommenden Jahren eine absehbare Verbesserung. Mehr Zahlen und Hintergründe, auch zu Einkommen und Teilhabe, versammelt der „World Employment Social Outlook Women 2017“ der Internationalen Arbeitsorganisation.

Überblick: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---inst/documents/publication/wcms_557077.pdf



Gesprächsbedarf für die UN

Foto: UN Women / flickr, CC BY-NC-ND 2.0

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
 Vorsitzende: Elke Hannack
 Geschäftsführerin: Claudia Meyer
 Verantwortlich: André Edelhoff
 Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
 Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
 Nord|Süd-Netz
 Hans-Böckler-Straße 39
 40476 Düsseldorf

Tel.: 0211/4301-329
 Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
 Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des





Bildungsurlaub

Chic aber schmutzig – Fastfashion, Produktionsverhältnisse und gewerkschaftlicher Einfluss entlang globaler Wertschöpfungsketten

Weltweit nimmt die Arbeitsteilung zu, so dass sich heute Produktionsketten um die ganze Welt spannen. Diese Entwicklungen haben erhebliche Auswirkungen auf alle Länder dieser Welt. Mit dem Schwerpunkt auf der Textilindustrie, beschäftigen wir uns im Seminar mit diesen globalen Zusammenhängen und ihren Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen, Lebensverhältnisse, Umwelt, sowie den sozialen Frieden. Wir sehen uns die Geschichte der Arbeits- und Sozialrechte an, werden uns mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik auseinandersetzen und deren Auswirkungen lokal und global nachgehen.

Weitere Details

www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/317463153



Bildungsurlaub

Sozialstaatsabbau als globales Phänomen – Die Privatisierung unserer Rente und die Auswirkungen im globalen Süden

Der Abbau staatlicher Sozialsysteme und die Privatisierung der sozialen Vorsorge sind ein weltweites Phänomen. Dies findet im Rahmen eines weltweiten Paradigmas statt, soziale Sicherung, öffentliche Güter und Grundversorgung zunehmend durch Marktkräfte regulieren zu lassen. Das Beispiel der Rentenversicherung in Deutschland steht hier nicht alleine! Einher geht damit auch die Inwertsetzung der Natur, und die Spekulation mit dieser auf globalen Märkten. Wir wollen uns damit befassen, in welchem strukturellen Zusammenhang diese Entwicklungen im so genannten „globalen Norden“ und „Süden“ stehen, deren Auswirkungen auf das soziale Gefüge in den Ländern des Südens, und welche Alternativen diskutiert werden.

Weitere Details

www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/317463152



Foto: World_Bank_Bangladesh_Final_Edit_0024/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Veranstaltung

im DGB Tagungszentrum Hattingen
Am Homberg 44–50
45529 Hattingen
Beginn: 22.10.2017, 19:00 Uhr
Ende: 27.10.2017, 12:15 Uhr

Hinweise

– Inklusive einer Exkursion nach Wuppertal
– Kostenbeteiligung: 160,- €

ONLINEANMELDUNG

www.forum-politische-bildung.de/forum/veranstaltungen/online-anmeldung; Seminarcode: WEM 317463153



Foto: Matt Zimmermann/flickr, CC BY 2.0

Veranstaltung

im DGB Tagungszentrum Hattingen
Am Homberg 44–50
45529 Hattingen
Beginn: 08.10.2017, 19:00 Uhr
Ende: 13.10.2017, 12:15 Uhr

Hinweis

– Kostenbeteiligung: 150,- €

ONLINEANMELDUNG

www.forum-politische-bildung.de/forum/veranstaltungen/online-anmeldung; Seminarcode: REZ 317463152



Bildungsurlaub

Die Welt in Bewegung – Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik heute

Migration über Landesgrenzen hinweg ist ein weltweites Phänomen. Die Beweggründe dafür, dass Menschen das gewohnte Lebensumfeld, die Familie, die Nachbarschaft, das Land verlassen, sind vielfältig. Dazu gehören schlechte wirtschaftliche Lebensbedingungen, die Suche nach Arbeit und Auskommen, vor allem der Schutz vor Unterdrückung und Verfolgung und zunehmend auch Umweltzerstörung und Klimaveränderungen. Was bedeutet massenhafte Abwanderung für das Herkunftsland? Und was erwartet die MigrantInnen in den Zielländern? Unseren Blick richten wir auf die Einwanderungspolitik und -kultur in Europa und Deutschland und schauen u. a. auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von ArbeitsmigrantInnen.

Weitere Details

www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/317463154



Foto: © Ververdis Vasilis/shutterstock.com

Veranstaltung

im DGB Tagungszentrum Hattingen
Am Homberg 44–50
45529 Hattingen
Beginn: 12.11.2017, 19:00 Uhr
Ende: 17.11.2017, 12:15 Uhr

Hinweise

– Inklusive einer Exkursion
in die Nordstadt Dortmund
– Kostenbeteiligung: 160,- €

ONLINEANMELDUNG

www.forum-politische-bildung.de/forum/veranstaltungen/online-anmeldung; Seminarcode: MIG 317463154

WAS VERSTEHT MAN EIGENTLICH UNTER BILDUNGSURLAUB?

Bildungsurlaub ist der gesetzliche Anspruch der meisten Beschäftigten, für *fünf Tage pro Jahr* an einer anerkannten Veranstaltung der politischen, beruflichen oder auch allgemeinen Weiterbildung teilzunehmen. Im Unterschied zu einer beruflichen Fortbildung, darf der Arbeitnehmende das Seminarthema selber wählen. Das Seminar muss – je nach Bundesland – 4 bis 8 Wochen vorher beim Arbeitgeber angemeldet werden. Die Unterlagen bekommt ihr bei Anmeldung von uns zugeschickt. Da die gesetzlichen Regelungen in jedem Bundesland unterschiedlich sind, findet ihr hier einen genaueren Überblick:

www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/Bildungsurlaub/Broschuere_Bildungsurlaub.pdf

Falls dann noch Fragen offen sind, helfen Euch die KollegInnen vom DGB-Bildungswerk BUND gerne weiter:

bildungsurlaub@dgb-bildungswerk.de
Telefon: 023 04 / 528-444

Was kostet der Bildungsurlaub?

Die Kosten werden geteilt: Der Arbeitgebende übernimmt die Lohnfortzahlung, und der Arbeitnehmende bezahlt die Kosten des Seminars. Im DGB Bildungswerk BUND belaufen sich die Kosten auf 150,- € (160,- € mit Exkursion) für Gewerkschaftsmitglieder, und 350,- € (bzw. 360,- €) für Nicht-Gewerkschaftsmitglieder (von der Steuer absetzbar). Darin sind die Kosten für das Seminar, die Unterkunft und Verpflegung im Tagungszentrum Hattingen enthalten. Extra sind nur die Fahrtkosten. Hier haben wir eine Vereinbarung mit der Deutschen Bahn, so dass max. 50,- € pro Fahrt anfallen.





2016

Moderne Sklaverei. Nicht tolerierbar, nicht akzeptabel und nicht verhandelbar

Nach Zahlen der ILO leben heute global mehr als 21 Millionen Menschen in Sklaverei, sklavereiähnlichen Bedingungen und Zwangsarbeit. Das heißt, dass zu einem einzigen Zeitpunkt in der Geschichte mehr Menschen betroffen sind als insgesamt während drei Jahrhunderten transatlantischen Sklavenhandels.

In Europa – ja, auch hier – leben in absoluten Zahlen die meisten SklavInnen in der Türkei: 185.500 Menschen. Dahinter verbirgt sich eine hohe Anzahl an Kinderheiraten, Zwangsarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Auch in Polen ist moderne Sklaverei relativ stark verbreitet, die zum Teil auf der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte aus anderen osteuropäischen Staaten sowie aus Südostasien basiert. In Deutschland findet sie vor allem in Form von Arbeitsausbeutung und Zwangsprostitution statt. Das fordert uns Gewerkschaften heraus.



Broschüre DIN A4, 76 (78) Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern (78 S.)
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2014

Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!

Jeder zweite Arbeitsplatz, der heute in Deutschland entsteht, ist prekär, das heißt: sozial und arbeitsrechtlich nicht abgesichert und oft nicht existenzsichernd. Es handelt sich um befristete oder erzwungene Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit mit Werkverträgen oder auch Arbeit im informellen Sektor. Weltweit müssen bereits bis zu 30 Millionen Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten. Besonders gefährdet, in solche Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse hineinzurutschen, sind Frauen und junge Menschen, sogar Kinder.

Wie Menschen damit leben, was lokale und globale Handlungsoptionen, wer die Akteure sein können, um diesen massiven Trend zur Prekarisierung zu stoppen und umzudrehen, fasst die Broschüre „Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!“ zusammen.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2015/2016

Ohne Not flieht niemand! Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute

Warum verlassen Menschen ihre Heimat, wandern aus, fliehen? Und was ist der Anteil der Länder des Nordens daran? Wie organisiert man eine humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, wie sieht eine ernstzunehmende Integration aus? Im öffentlichen Diskurs sind diese Fragen längst von neuen Abschottungsstrategien in den Hintergrund gedrängt worden. Das DGB Bildungswerk BUND will sie mit dieser Broschüre wieder in den Mittelpunkt rücken.

Unter dem Titel „Ohne Not flieht niemand. Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute“ geht es darin um die Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie den Zusammenhang zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung. Asylpolitik und die Migrationsagenda der EU werden kritisch analysiert und Alternativen aufgezeigt.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2012/2013

Weltweiter Verteilungskampf um Ressourcen – Rohstoffe, Wasser, Energie

Unverhohlen verfolgt die Europäische Kommission mit ihrer Rohstoffinitiative von 2008 (Raw Materials Initiative) einen neoliberalen, den Interessen der Wirtschaft dienenden Kurs. Europa droht, sich damit in die Phalanx der ökonomisch aggressiven, einseitig auf Versorgungssicherheit ausgerichteten Staaten einzureihen. Damit unterscheidet es sich nur noch graduell von Staaten wie China, den Vereinigten Staaten und Kanada. Neben den Ländern agieren zunehmend auch die privaten Unternehmen in dem großen Spiel.

Mit ihren privaten wie staatlichen Rohstoffagenturen beuten sie im globalen Stil und im Einklang mit den nationalen Macht- und Geldeliten deren nationale Ressourcen zu Ungunsten der lokalen Bevölkerung aus.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download